

ANTON HUBER

Über den politischen Katholizismus

Als Angehöriger des Jahrgangs 1905 war ich im Jahr der Machtergreifung 28 Jahre alt. Da komme ich wohl nicht daran vorbei, mich als mitverantwortlichen Zeitgenossen zu bekennen. Ich leitete von 1930 bis 1933 eine Zweigstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in Ravensburg. Im April 1933 wurde ich verhaftet und in das eben errichtete KZ (Schutzhäftlager) auf dem Heuberg verbracht. Jedoch dauerte die Haft nicht lange; noch bestand die Zentrumspartei; deren Vorsitzender, Dr. Josef Beyerle (vor 1933 und nach 1945 Justizminister in Stuttgart), erreichte meine baldige Entlassung. An eine Rückkehr an den Arbeitsplatz war jedoch nicht zu denken. Ich setzte mich – auch um mich der angeordneten Polizeiaufsicht zu entziehen – nach Tübingen ab, um mein Studium fortzusetzen, das ich dann im Jahre 1934 mit der Promotion zum Dr. rer. pol. abschloß. Durch Vermittlung eines gleichgesinnten Lehrers gelang es mir, eine Stelle in einem privaten Wirtschaftsbetrieb in Stuttgart zu finden, wodurch ich den Augen der NSDAP und der Gestapo entrückt war. »Untertauchen« nannte man das. Mir blieb auch der Kriegsdienst erspart. Dadurch war es mir möglich, nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes mich von Anfang an an der Gründung der CDU zu beteiligen. Als nach dem Erlaß einer neuen Kreisordnung im April 1946 der erste Kreistag und durch diesen der Landrat zu wählen war, veranlaßten mich politische Freunde in Aalen und Ellwangen, mich in Aalen zur Wahl zu stellen. Von 1946 bis 1970 war ich dann Landrat in Aalen, von 1950 bis 1972 dazu Abgeordneter im Stuttgarter Landtag.

Als ich mich im Jahre 1929 nach bestandener Diplomprüfung (Diplomvolkswirt) um die vom Volksverein für das katholische Deutschland ausgeschriebene Stelle bewarb, war mir die enge Verbindung des Volksvereins mit der Zentrumspartei nicht bewußt. Erst später erfuhr ich, daß meine Stelle sogar vom Volksverein und der Zentrumspartei gemeinsam finanziert wurde. Die primäre Aufgabe war jedenfalls Beratung und Bildungsarbeit auf dem Land. Bald jedoch forderte mich die politische Arbeit voll ein. Politische Betätigung lag mir auch keineswegs fern; war ich doch bereits als Student Mitglied des Windthorstbundes geworden. Es bildete sich um mich ein Kreis aktiver junger Streiter, der in den Wahlkämpfen von 1930 bis 1933 einen vollen Einsatz leistete. Rechtsanwalt Dr. Albert Sauer, nach dem Krieg Kultusminister in Tübingen und Oberbürgermeister der Stadt Ravensburg, gehörte dazu; ferner der Landwirt Bernhard Bauknecht, späterer Bundestagsabgeordneter und Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes, sowie ein junger, forschender Gewerkschaftssekretär namens Artur Ketterer. Wir bemühten uns, in den rasch aufeinanderfolgenden Wahlkämpfen vor allem die Jungwähler zu mobilisieren, gründeten die »Zentrumsjugend Oberschwabens« und hatten bald in jeder Gemeinde aktive Mitarbeiter. Die damalige Verbo-Presse stellte uns in Abständen eine Seite der Tageszeitung zur Verfügung. Unser Hauptgegner war die auch im katholischen Oberschwaben immer stärker agitierende NSDAP, dazu der rechtsgerichtete Bauernbund, den wir frühzeitig als Zubringer zur NSDAP erkannten. Wir führten den Kampf offensiv gegen die weltanschaulichen Irrlehren der NSDAP, gegen Verhetzung und Verführung, für die katholische Soziallehre, bei rückhaltlosem Einsatz für die Politik des Reichskanzlers Heinrich Brüning.

Zu unserem Verhalten und unseren Schicksalen darnach, nach dem Sieg des Nationalsozialismus, im Dritten Reich, müssen wir uns natürlich Fragen stellen lassen. Artur Ketterer erging es schlecht, er emigrierte, glaubte später zurückkehren zu können, wurde gefaßt und kam für Jahre ins KZ und schließlich in ein Bewährungsbataillon. Andere zogen sich in ihren privaten Bereich zurück wie in ein Schneckenhaus, um keine Konzessionen machen zu müssen. Mir gelang das Untertauchen. Aber wie war das z. B. mit den Lehrern, die bei uns gekämpft hatten oder Ortsvorsitzende der Zentrumspartei gewesen waren? Sie standen augenblicklich vor der Existenzfrage. Soll ich vielleicht über die die Nase rümpfen, welche um ihrer Familie willen nach dem rettenden Strohalm griffen und in die NSDAP eintraten? Oder über den Bürgermeister, den seine Bürger, und gerade die entschiedensten Nazi-Gegner unter ihnen, drängten, in die Partei einzutreten, um der drohenden Einsetzung eines fanatischen Nazi zuzuvorkommen? Oder über die Männer, die nach Auflösung der demokratischen Parteien der Aufforderung, als sogenannte Hospitanten dem Reichstag anzugehören, nachkamen in der Hoffnung, durch diese Verbindung mit den neuen Machthabern manchem Bedrängten und Verfolgten beistehen zu können? Daß sich solche Erwartungen nicht erfüllten, steht auf einem anderen Blatt.

In meinem Erleben stellen sich die Schuld- und Erfahrungszusammenhänge in mancher Hinsicht anders dar, als es mir in Büchern von Zeitgenossen und Historikern begegnet. Ich sage das in allem Respekt vor jeder Art von Widerstand, Verweigerung, Selbstbehauptung und in größter Verehrung für Märtyrer wie Dr. Eugen Bolz. Die Frage nach dem Verhalten im Dritten Reich tritt bei mir zurück hinter der Frage nach dem Anteil an der Zerstörung der Weimarer Republik. Wer hat dem Nationalsozialismus die Millionen zugetrieben? Wer hat dem Nationalsozialismus zur Macht verholfen? Wer hat den Untergang der Weimarer Republik auf dem Gewissen? Das sind meine Fragen an die Geschichte. Am 30. Januar 1933 ging der Vorhang herunter, hinter dem die Nacht herrscht, in der niemand mehr wirken kann, weil da nicht nur Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, sondern in diesem Vorgang zugleich seine Bürgerkriegsarmeen an die Macht gekommen sind. Ich frage: Wie würde heute über das Ermächtigungsgesetz diskutiert, wenn es abgelehnt worden wäre? Wie würden wir hier bei dieser Tagung über das Konkordat sprechen, wenn die Kirche dazu die Hand nicht gereicht hätte?

Und was die Lehren anlangt, die wir nun aus der Geschichte ziehen sollen: Geht es darum, aus der Erfahrung zu lernen, wie wir uns in der nächsten totalitären Gewaltherrschaft verhalten sollen, können, müssen; oder geht es darum, wie wir der Gefahr der Wiederkehr einer totalitären Tyrannei rechtzeitig und wirksam vorbeugen können und was wir dazu tun müssen?

Ich will mit einigen knappen Strichen erzählen, wie ich das Heraufkommen und den Sieg des Nationalsozialismus erlebt habe. Millionen, die vom Ausgang des Ersten Weltkriegs enttäuscht waren (Hindenburgs Dolchstoßlegende), die den Sturz der Monarchie nicht verschmerzen konnten oder sich die Ergebnisse der sozialen Revolution anders vorgestellt hatten, die den Versailler Friedensvertrag und seine Bedingungen (Kriegsschuldfrage, Reparationen u. a.) als Ausgeburt blinden Hasses empfanden und seine Annahme als Verrat betrachteten, die in der Inflation den letzten Pfennig ihrer Ersparnisse verloren hatten und sich ratlos über die Kriegs- und Inflationsgewinnler empörten, diese Millionen bildeten ein riesig großes Arbeits- und Erntefeld für die Agitation von Republikfeinden und Radikalen aller Schattierungen.

Es hätte nach der Währungsreform von 1923 einer langen, stetigen Aufbauzeit bedurft, um die ungeheuer wirtschaftlich-soziale und politisch-psychologische Vorbelastung abzubauen, um das Giftkraut, das aufgeschossen war, zu unterdrücken und durch gute Frucht überwachsen zu lassen. Aber nur eine kurze Verschnaufpause war der Weimarer Republik vergönnt. Nur fünf Jahre liegen zwischen der Einführung der neuen Währung und dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, von welcher die durch Krieg, Inflation und Reparationen geschwächte deutsche Wirtschaft besonders schwer getroffen wurde. Unsere gegenwärtige Situation ist nicht

entfernt vergleichbar mit der Panik, welche die Massen ergriff, als nach 1930 die Krise unaufhaltsam immer weitere Kreise erfaßte, Landwirtschaft und Mittelstand in ihren Strudel hineinriß und die Arbeitslosigkeit zu schrecklichen Dimensionen anwachsen ließ.

Von 1928 an habe ich die Entwicklung bewußt miterlebt. Da war es aber noch nicht soweit. Die Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 brachte zwar einen deutlichen Linksruck, der jedoch der parlamentarischen Regierungsfähigkeit keinen Abbruch tat. Im Gegenteil, es kam zu einer vielversprechenden Links-Mitte-Koalition unter einem sozialdemokratischen Reichskanzler, wobei allerdings die SPD durch die beachtlichen Stimmengewinne der Kommunisten sich in ihrem Handlungsspielraum beeinträchtigt fühlte. Letzterer Umstand sollte sich bald verhängnisvoll auswirken. Die Koalition verkraftete noch die Neuauflage des Reparationsplanes (Youngplan), als es aber um die finanziellen Konsequenzen ging, scheute die SPD an einer uns heute unwichtig scheinenden Frage, nämlich, ob der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung dreieinhalb oder dreidreiviertel Prozent betragen sollte. Die SPD-Reichstags-Fraktion ließ ihren Kanzler im Stich; die Regierung stürzte.

Das war der Anfang vom Ende! Der Reichstag wurde aufgelöst, und es kam zu der Reichstagswahl vom 14. September 1930. Dieser Wahlkampf war der erste, an dem ich aktiv teilnahm. Der Schrecken über den Ausgang der Wahl sitzt mir heute noch in den Gliedern. Das Wahlergebnis war katastrophal in des Wortes voller Bedeutung. Die NSDAP erzielte 107 Sitze anstelle der bisherigen 12. Die KPD verbesserte sich erneut von 54 auf 77 Sitze. Weder eine Mitte-Links-Regierung noch eine Mitte-Rechts-Regierung verfügte noch über eine Mehrheit im Reichstag. Die einzige zahlenmäßig noch mögliche Koalition – eine Sammlung aller Fraktionen zwischen NSDAP und KPD – hatte keine Chance, weil die Deutschnationale Volkspartei unter ihrem Vorsitzenden Hugenberg längst nach rechtsaußen abgeschwenkt und im Begriffe war, sich auf ihr verhängnisvolles Spiel mit den Nationalsozialisten einzulassen. Aber auch bei der SPD fehlten die Voraussetzungen für eine solche Sammlung.

Einen größeren Triumph hätten sich die Nationalsozialisten nicht wünschen können. Das parlamentarische Regierungssystem, das sie bekämpften, war erledigt. Von diesem Zeitpunkt an hatte die NSDAP die Möglichkeit, sich als die große Erneuerungsbewegung in Szene zu setzen gegen widerlichen Parteienhader, Unfähigkeit des demokratischen Systems, gegen Korruption und Verfall der Kultur, und all dem gegenüber das von ihr vertretene Führerprinzip plausibel zu machen. Von diesem 14. September 1930 an datiert auch der massenweise Zulauf der Jugend zu NSDAP und SA. Begreiflich, denn wann und wo will die Jugend nicht auf der Seite einer sieg- und zukunfts-verheißenden Bewegung sein?

Aus dem stetigen Anwachsen der KPD-Stimmen gewannen die Nationalsozialisten zusätzlichen Auftrieb. »Rot oder Braun, es gibt nur noch diese Wahl«, wurde eine zugkräftige Parole.

Mit der Entlassung des Reichskanzlers Heinrich Brüning zerbrach die letzte Stütze des schwer angeschlagenen Gebäudes der Demokratie. Die Bildung einer Herrenclub-Regierung mußte die Gemüter noch mehr in Wallung bringen; wer konnte unter den gegebenen Umständen davon allein profitieren? Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Bei der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 erhielt die NSDAP 230 Sitze im Reichstag.

Wenn ich mir diese Zeit heute vergegenwärtige, muß ich mich fragen, was mich eigentlich davon abgehalten hat, mich der siegreichen, vorwärtsstürmenden »Erneuerungsbewegung« anzuschließen und in aussichtsloser Gegnerschaft zu verharren. Mit Bewunderung erfüllt mich aber heute noch die Treue der Wähler der Zentrumspartei. Was waren wohl die Gründe für ihre Unversuchbarkeit und Standhaftigkeit? Waren die Zentrumswähler etwa von der allgemeinen Krise und ihren Auswirkungen weniger betroffen als irgendwelche andere Schichten? Doch wohl kaum!

Damit bin ich wieder bei dem Thema »Politischer Katholizismus«. Ich habe dazu weiter keine Abhandlung, sondern nur einen persönlichen Erlebnisbericht.

Im Elternhaus, einem Bauernhof in der Mitte Oberschwabens, galt schlicht und einfach die Formel: Zentrum, weil wir Katholiken sind. Dabei war mein Vater ein kritisch veranlagter, politisch interessierter Mann und eifriger Zeitungsleser. Die Volksvereinshefte mit dem roten Umschlag kamen regelmäßig ins Haus. Erinnerung an den Kulturkampf war lebendig.

Am Gymnasium in Ehingen und im bischöflichen Konvikt, wo ich seit 1921 war, hatte die Formel schon nicht mehr die gleiche Geltung. Der Leiter des Konvikts, Professor Dr. Kolb, war Mitglied der Zentrumsparlei; der Leiter des Gymnasiums, Oberstudiendirektor Dr. Krieg, ebenfalls katholischer Geistlicher, war Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei. Beide hielten auch den Schülern gegenüber mit ihren politischen Überzeugungen nicht hinter dem Berg. Sie schieden sich nicht etwa an Differenzen in kulturell-religiösen Fragen, sondern an der sogenannten »Deutschen Frage«, der Frage nämlich, ob ein Deutsches Reich unter der Führung Preußens unter Ausschluß Österreichs für Deutschland die richtige Lösung war.

In Tübingen, wo ich zwei Jahre als Theologiestudent im Wilhelmstift verbrachte, war für mich die Situation abermals eine völlig andere. Neue Aspekte traten in den Blick des und der jungen politisch interessierten Katholiken. Uns bedrängte damals vor allem anderen die unbewältigte soziale Frage und besonders der Umstand, daß mit der Entstehung des Industrieproletariats ein Massenabfall von Kirche und Religion verbunden war. Mußte das sein? War die Kirche genügend offen für die Arbeiterbewegung? Hat es ihrer Glaubwürdigkeit bei den Arbeitern nicht geschadet, daß sie sich zu sehr mit einer Partei verbündete, welche in deren Augen als bürgerlich und sozialkonservativ angesehen wurde? Wobei wir nicht verkannten, daß die Zentrumsparlei die Sozialreform im allgemeinen und die Reformmaßnahmen der 80er Jahre nachdrücklich unterstützt hatte.

Solche Fragen ließen uns auch später nicht los. Wurden nicht auch in den Kampffahren 1930 bis 1933 manche der Kirche dadurch entfremdet, daß sie politisch mit der Kirche und dem Pfarrer in Widerspruch geraten sind, weil ihnen die Zugehörigkeit zu der Partei untersagt wurde, von der sie das Heil erwarteten?

In solchen Erfahrungen ist nicht der einzige und nicht der hauptsächliche, aber sicher einer der Gründe dafür zu suchen, daß nach dem Zusammenbruch, am Nullpunkt, die weitaus meisten ehemaligen Zentrumspolitiker nicht für eine Wiedererrichtung der Zentrumsparlei, sondern für das politische Zusammengehen evangelischer und katholischer Christen eintraten. Ich selbst empfand diese Notwendigkeit so stark, daß ich nicht in der Lage gewesen wäre, einer wiedergegründeten Zentrumsparlei beizutreten. Mit manch anderen aus unseren Reihen hätte ich auch leicht und gerne auf das »C« im Namen der neuen Partei verzichtet. Das »C« wurde denn auch von den evangelischen Gründungsmitgliedern nachdrücklicher befürwortet als von den katholischen. Die christliche Firmierung kann ja für den Inhalt des Programms nicht entscheidend sein, aber für seine Verwirklichung, wurde entgegengehalten. Wir erinnerten uns daran, daß die Gründer der Zentrumsparlei im Jahre 1870 von einer Bezeichnung »Katholische Partei« oder »Christliche Partei« Abstand genommen und dafür einen Namen gewählt hatten, der den politischen Standort der Partei zwischen den sozialrevolutionären und den sozialreaktionären Richtungen zum Ausdruck brachte. Es hatte ja auch nicht in ihrer Absicht gelegen, eine katholische Partei zu gründen, wenn sie auch an den Zusammenschluß der katholischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament von 1848 und im Preußischen Landtag anknüpften. Und man muß hinzufügen, daß es nicht die Schuld des Zentrums war, wenn seinem unablässigen Bemühen, die konfessionellen Grenzen zu überwinden, bis zuletzt nur geringer Erfolg beschieden war.

In diesen Zusammenhang sehe ich auch den Volksverein für das katholische Deutschland und seine Geschichte gestellt. Es war gewiß nicht zufällig der Vorsitzende der Zentrumsparlei, Ludwig Windthorst, der anstelle eines von anderer Seite geplanten apologetisch orientierten katholischen Kampfbundes (als Antwort auf den »evangelischen Bund«) die Gründung eines

katholischen sozialen Bildungsvereins forderte und durchsetzte. Die Zentrumsolitiker wußten, woher Ende der 80er Jahre der Wind wehte. Sozialreform war das Gebot der Stunde. Und je rascher es gelingen würde, unter den Katholiken eine machtvolle soziale Bewegung ins Werk zu setzen, um so größer würde auch die Chance für das Zentrum sein, sich den konfessionellen Grenzen zu entwinden. So entstand im Jahre 1890 der Volksverein für das katholische Deutschland als Bildungsverein mit sozialpolitischer und sozialreformerischer Ausrichtung. Unter seinem ersten Vorsitzenden Franz Brandts aus Mönchen-Gladbach und seinem Generalsekretär Franz Hitze entfaltete sich der Volksverein rasch zu einer Massenorganisation, die es auf ihrem Höhepunkt auf über 800000 Mitglieder brachte und sich um die Verbreitung der katholischen Soziallehren im katholischen Volk große Verdienste erwarb.

Es war nur konsequent, daß der Volksverein bald nach seiner Gründung im Verein mit führenden Zentrumsolitikern im bekannten Gewerkschaftsstreit sich für überkonfessionelle christliche Gewerkschaften einsetzte.

In dem Zeitpunkt, als ich zum Volksverein kam, hatte er seine große Zeit hinter sich. Die Mitgliederzahl war schon auf 400000 gesunken. Der Verein befand sich in finanziellen Schwierigkeiten. Und in seiner Arbeit war er von der ursprünglichen Zielsetzung abgekommen und weitgehend zu einer Veranstaltung der Erwachsenenbildung geworden, soweit er nicht der Zentrumsparlei als Propagandainstrument diente. Als solches haben ihn die Nationalsozialisten ausschließlich angesehen und seine Tätigkeit noch vor Auflösung der Zentrumsparlei unterbunden. Der Volksverein fand auch bei der Kirche keine ernsthaften Verteidiger. Er gehörte nicht zu den den Schutz des Konkordats genießenden Organisationen. Er galt als Institution des politischen Katholizismus, und dessen Zeit war abgelaufen. Mein Vorgesetzter Dr. Heinrich Getzeny, Landessekretär für Württemberg, gehörte zu den von dieser Entwicklung am härtesten Betroffenen. Er sah sein ganzes Lebenswerk zerstört. Er hat nach der Auflösung des Volksvereins einige Jahre als Redakteur der Zeitschrift »Magazin der Pädagogik« sein Leben gefristet. Nach der Einstellung des Erscheinens auch dieser Zeitschrift verblieb ihm nur noch Vortragstätigkeit im Rahmen der Kirchengemeinden, die vor allem Themen der christlichen Kunst gewidmet war.

Nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes dachte, soweit ich sehe, niemand ernstlich an eine Neugründung und Wiederbelebung des Volksvereins für das katholische Deutschland.